Pegelstand Elbinsel, 14. März 2013

„Wilhelmsburgs Zivilgesellschaft zwischen Kooperation und Konfrontation“

Tobias Schmidt

**Die Zivilgesellschaft als „soziale Deichwacht“:
Vom Schutzwall gegen Bedrohung zum Korrektiv sozioräumlicher Planung?**

Sehr geehrte Damen und Herren!

ich finde es toll, dass sie heute Abend so zahlreich erschienen sind. Ich finde es gut und wichtig, dass sie als engagierte Bürgerinnen und Bürger sich mit Veranstaltungen wie dieser immer wieder der Selbstreflexion widmen! Ich freue mich deshalb sehr, als „externer Beobachter“ heute Abend dazu beitragen zu dürfen und möchte mich beim Verein Zukunft Elbinsel noch einmal ganz herzlich für die Einladung bedanken!

Mein Name ist Tobias Schmidt. Ich bin Soziologe am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin. Ich bin kein Wilhelmsburger. Ich bin auch kein Hamburger. Ja, ich bin eigentlich nicht einmal richtiger Berliner, sondern komme eigentlich ganz weit aus dem Süden Deutschlands.

Mehr „Außensicht“ geht also wohl kaum. Sie werden es mir daher hoffentlich verzeihen, wenn meine Aussagen über ihren Stadtteil an manchen Stellen aus ihrer Sicht möglicherweise hoffnungslos unterkomplex ausfallen und ihnen mitunter grob verallgemeinernd erscheinen. Trotzdem hoffe ich natürlich, dass meine Aussagen für sie hilfreich und interessant sein werden.

Ich treffe sie vor allem auf Grundlage von zwei Projekten: Im IRS-Projekt „Städtische Raumpioniere im Spannungsfeld zwischen bottom-up und top-down“ untersuchen wir, grob gesagt, ob und wie lokale Akteure in Berlin-Moabit, Hamburg-Wilhelmsburg, Bremerhaven und Halle mit Vertretern aus Politik und Behörden zusammenarbeiten. Darin eingebettet ist mein eigenes Promotionsprojekt: Unter dem Arbeitstitel „Die blockierte Zivilgesellschaft. Partizipative Governance zwischen Interessen und Interpretationen“ untersuche ich aktuell am Beispiel der Planungswerkstätten „Zukunftsbild Elbinsel 2013+“, wie solche Kooperationsversuche zwischen Bürgern, Politik und Behörden im Detail aussehen, wie man dabei miteinander umgeht, miteinander kommuniziert, und welche Konflikte dabei auftreten können.

Einleitung

Wilhelmsburg, das darf ich wirklich sagen, ist ein äußerst spannendes empirisches Feld, das meine Kollegen und ich mit ethnografischen Methoden untersuchen. Das heißt: Ich bin vor Ort, führe Interviews und nehme als Beobachter immer wieder teil am Geschehen.

Das tat um 1962 herum auch bereits Herbert J. Gans. In seiner Studie „The Urban Villagers“ hat er das städtische Leben italienischer Immigranten in Boston untersucht. Und er hat bereits damals

„im Rahmen seiner teilnehmenden Beobachtungen gezeigt, dass der ethnographische Forschungsansatz Ergebnisse von hoher Relevanz für Planungsprozesse hervorbringen kann. Er machte darauf aufmerksam, dass in den Vierteln intakte Sozialbeziehungen und lebendige Nachbarschaften existierten, die denen eines Dorfes vergleichbar waren. Allerdings konnte er die Planer damals nicht davon abbringen, die baulich-physische Vernichtung der Slums voranzutreiben. Sie gingen davon aus, dass in den Vierteln Verwahrlosung vorherrsche und dass diese nur durch eine umfassende bauliche Stadterneuerung überwunden werden könne. Faktisch haben sie mit ihren baulichen Eingriffen die sozialräumlichen Strukturen jedoch empfindlich gestört.“

So formulierte es Gabriela Christmann kürzlich in einem aktuellen Call for Papers zum Workshop „Ethnografische Stadtforschung“ am IRS. Es geht mir aber hier nicht darum, unangemessene Parallelen zwischen irgendwelchen US-amerikanischen Slums und Wilhelmsburg zu ziehen. Was ich deutlich machen möchte, ist lediglich: Es ist aus Sicht der ethnografischen Stadtforschung, wie auch wir am IRS sie betreiben, bereits seit einiger Zeit immer wieder deutlich geworden, dass Planung und geplanter Stadt(um)bau ungewollt Einfluss auf die bestehenden sozialen „Infrastrukturen“ vor Ort haben.

In Planungsprozessen, wie sie in Wilhelmsburg derzeit verstärkt im Zuge einer IBA auftreten, wird deutlich, dass Eingriffe in die bauliche Infrastruktur – und dazu zähle ich nicht nur im engen Sinn z.B. Straßen – meist auch einen Eingriff in die soziale Infrastruktur darstellen. Sie können gewohnte Lebenswelten verändern und die Beziehungen unter den Bewohnerinnen und Bewohnern beeinflussen. Auch Identitäten gehören selbstverständlich zu dieser sozialen Architektur eines Raums.

Diese möglichen Einwirkungen auf soziale Gegebenheiten vor Ort geschehen dort, wo es primär um städtebauliche Veränderung geht, oftmals ungewollt, unwissentlich und ungeplant – also als so genannte „unintendierte Nebeneffekte“. Ungeplante Nebeneffekte können beispielsweise lokale Identitätskonstruktionen gefährden und in soziale Routinen eingreifen – auch, wenn im Blick von außen die Gegebenheiten als

chaotisch, unterprivilegiert oder verwahrlost und damit als veränderungswürdig wahrgenommen werden. Diese Wahrnehmung der Verwahrlosung, die Überzeugung, dass etwas passieren muss, können unter Umständen die lokalen Akteure zwar teilen. Doch sind Letztere in der Regel sensibler für das unsichtbare Netzwerk, die soziale Architektur sozusagen, die für Außenstehende oft nur schwer und, wenn überhaupt, nach einiger Zeit sichtbar wird.

Es gibt also unter-, innerhalb oder neben der baulichen Struktur des beplanten Raumes immer auch eine soziale Architektur, die nie unabhängig von der physischen Struktur betrachtet werden kann und von räumlichen Planungsansätzen – gewollt oder ungewollt – mit betroffen sein kann.

Diese Einsicht ist zwar nicht ganz neu, wie sie schon am Datum der erwähnten Studie von 1962 erkennen. Als charakteristisch für Wilhelmsburg aber sehe ich es an, dass hier die Sensibilität, d.h. das Bewusstsein für die möglichen Folgen solcher Eingriffe, besonders groß ist. Sie als Engagierte in Wilhelmsburg und auf der Veddel wissen, dass dahinter auch eine bereits jahrzehntelange Erfahrungs- und (zumindest aus Sicht vieler engagierter Akteure) auch Leidensgeschichte mit der sozialen und räumlichen Planung steht.

Vor diesem Hintergrund scheint im Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen hier auf den Elbinseln inzwischen eine ganz bestimmte Form der raumbezogenen Identität eine wichtige Rolle zu spielen. Sie gehört zur lokalen Zivilgesellschaft in Form einer „sozialen Deichwacht“ untrennbar dazu. Und sie beeinflusst immer wieder die Zusammenarbeit mit Politik und Behörden auf der Elbinsel. Über die Rolle dieser Identität und welche Auswirkungen sie auf die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und anderen Akteuren haben kann, möchte ich im Folgenden sprechen.

Raumbezogene Identität

Identität ist nun zwar ein geläufiges, aber leider auch schrecklich diffuses Wort, das die Verwendung nicht ganz einfach macht. Erlauben sie mir deshalb zu Beginn kurz ein paar klärende Worte zum Begriff raumbezogener Identität.

„Raumbezogene Identitäten“ sind ein „soziales Konstrukt“. Das heißt, einfach ausgedrückt: sie bilden sich in der Auseinandersetzung und Kommunikation mit anderen. Erst, wenn über die Sichtweisen auf sich selbst und den Raum kommuniziert wird, kann sich so etwas wie ein gemeinsames Selbstverständnis, können sich Identitäten ausbilden. Was wir als typisch und kennzeichnend für unseren Raum und unser Leben darin ansehen, auf welche gemeinsamen Symbole (wie den Zollzaun) oder Wahrzeichen wir uns beziehen (wie die Windmühle Johanna) – das ist immer Aushandlungssache. Gerade in einem heterogenen, multikulturellen Stadtteil wie Wil-

Wilhelmsburg ist klar: Es können ganz unterschiedliche Vorstellungen davon herrschen, welches Selbstbild man von sich hat. Und wenn es um eine gemeinsame, lokale Kultur geht, spielt natürlich auch die Verständigung über Werte oder die Ausbildung von Ritualen und Gepflogenheiten, die gemeinsam als typisch betrachtet werden können, eine wichtige Rolle.

Bei der Verständigung und Aushandlung von Selbstbildern stellt sich immer auch die Frage: Welches Bild haben eigentlich andere von uns? Das bedeutet: Wo es um ein Selbstverständnis geht, geht es immer auch um so genannte Fremdbilder.

Außerdem ist raumbezogene Identität nicht nur eine Sache von Kollektiven. Auch das Selbstverständnis einzelner Personen nimmt in der Regel ja auf ein gemeinsames Selbstverständnis Bezug und kann sich darüber bestimmen. Und viele von ihnen – so nehme ich an – engagieren sich vermutlich auch deshalb in und für Wilhelmsburg oder die Veddel, weil sie sich mit diesem Raum und seinen Bewohnern persönlich identifizieren.

Beispielsweise über das Erzählen von Geschichten, über das Lesen eines Zeitungsartikels, aber auch über das Pflegen gemeinsamer Rituale und Bräuche kann sich eine Vorstellung von einem gemeinsamen Selbstverständnis entwickeln. Denken sie nur einmal an einen ihrer Karnevalssumzüge – der lässt bereits vieles von dem erkennen, wie die Wilhelmsburger und Veddel sich selbst sehen und wie sie glauben, dass sie von andern gesehen werden.

Das Besondere in Wilhelmsburg ist nun, dass es immer wieder auch die Erfahrungen der Bedrohung, der Konfrontation waren, die zur Bildung eines Wir-Gefühls beigetragen haben. Es war der Soziologe Georg Simmel, der einst in seinem berühmten Kapitel „Der Streit“ dargelegt hat, wie ein gemeinsamer Gegner auf soziale Akteure eine verbindende Wirkung ausüben kann (Simmel, G. (1908): Der Streit. In: Simmel, G.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin. S. 186-255). Die Müllverbrennungsanlage in Moorwerder, den Dioxinskandal oder den Zollzaun – es gäbe hier viele Beispiele, die dazu beigetragen haben, dass sich durch die Kommunikation – und auch die Aktion! – gegen Dinge und Akteure, die als Bedrohung von innen oder außen wahrgenommen wurden, eine starke raumbezogene Identität hier gebildet hat. Von einer „Kolonialisierung“ durch das Hamburg jenseits der Elbe war ja hier auch oft die Rede. Und zweifellos haben auch die vielen negativen Fremdzuschreibungen in der Presseberichterstattung dazu geführt, dass sich viele Engagierte besonders stark mit ihrem Selbstbild, aber auch den Fremdbildern auseinandergesetzt haben.

Die muss im Übrigen keineswegs bewusst oder explizit ablaufen. Oft ist diese Auseinandersetzung ja ganz unscheinbar – zum Beispiel in der spontanen Art und Weise, wie man im Laufe der Zeit gewohnt ist, über Symbole wie den Zollzaun oder Ereig-

nisse wie die Kampfhundattacke auf Volkan zu reden oder zu schreiben. Es können sich dann Diskurse verfestigen, die solche Ereignisse immer wieder in einer bestimmten Weise rahmen. Nehmen sie zum Beispiel den Zollzaun: Er hat viele Diskussionen angeregt, auch in der Presse. Er wurde so nach und nach für viele zu einem physischen Symbol der sozialen Ausgrenzung. Damit wurde er zu einem Teil der Kommunikation über das gemeinsame Selbstverständnis, also die kollektive, raumbezogene Identität. Der Kampf um seine Öffnung war somit immer auch ein symbolischer Kampf um die eigene Identität.

Erfahrungen der Ausgrenzung und Fremdbestimmung scheinen also für viele Engagierte einen wichtigen Teil ihrer gemeinsamen Identität zu bilden. Angesichts der Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten und Formen der Beteiligung hat letztlich auch die IBA die Ausgrenzungs- und Fremdbestimmungswahrnehmungen teilweise sogar noch verstärkt – beispielsweise dort, wo es um die Deutungsmacht über den Raum und die eigene, raumbezogene Identität darin geht.

Soziohistorische Hintergründe

Das liegt keineswegs daran, dass hier etwa lauter beleidigte Leberwürste wohnen würden. Nein, es hat vielmehr „handfeste“ soziohistorische Gründe.

Fünfzig Jahre Bürgerengagement auf den Elbinseln haben sie letzten September hier gefeiert. Diese fünfzig Jahre – sie lassen sich, von außen betrachtet, auch lesen als eine soziale Historie konstanter Bedrohungsszenarien. Zum Beispiel ökologisch: Eine entscheidende historische Zäsur bildet eindeutig die Flut von 1962. Sie hatte weit reichende Folgen – sowohl städtebaulich, z.B. durch die bauliche Vernachlässigung in der Folgezeit, als auch sozial, z.B. durch die Belegungspolitik der lange aufgegebenen Wohngebiete. Auch die Gefährdung des sozialen Friedens durch den Rechtspopulist Schill: sie bildete einst eine soziale Gefährdung. Doch sie rief couragierte zivilgesellschaftliche Akteure auf den Plan, um sich gegen so ein Bedrohungsszenario zur Wehr zu setzen. Die aktive Auseinandersetzung mit wiederholten Bedrohungen hat über die Jahrzehnte dazu geführt, dass Wahrnehmungen der eigenen Verletzbarkeit, der Ohnmacht, ja: des Ausgeliefert-Seins an mächtige Akteure aus der Politik, der Planung oder der Wirtschaft ein Bestandteil der Selbstwahrnehmung auf der Elbinsel geworden sind.

Auf der anderen Seite blicken engagierte Akteure in Wilhelmsburg und auf der Veddel natürlich auf viele Erfolge zurück. Es gibt hier kein Müllverbrennungskraftwerk. Es läuft hier kein Dixion mehr aus Müllbergen. Wilhelmsburg ist heute keine rechtspopulistische Hochburg. Zu verdanken ist das nicht zuletzt ihrer zivilgesellschaftlichen Initiative. Teil des kollektiven Selbstbilds ist deshalb ein neu gewachsenes Vertrauen in die eigene Stärke. Vor diesem Hintergrund beansprucht die Zivilge-

sellschaft in Wilhelmsburg und auf der Veddel inzwischen selbstbewusst eine korrigierende Funktion im Rahmen der sozioräumlichen Planung.

Das kann ein Potenzial für die Planung sein. Aber es ist vor allem auch ihr soziales Kapital hier vor Ort. Dieses Kapital allerdings ist ambivalent, wie mir scheint. Und ich möchte ihnen im Folgenden verdeutlichen, warum.

Ambivalenzen der raumbezogenen Identität

Die große Zahl derer, die sich hier im Bereich der sozioräumlichen Entwicklung engagieren – sie bildet eine wehrhafte, aber eben auch tragfähige Struktur, die sich immer wieder auf eine gewisse Inselmentalität, ein gemeinsames Schicksal als Insulaner beruft. Im Gegensatz zu einem Wir-Gefühl, das beispielsweise ein Herr Schill damals nutzte, um die Bevölkerung in Lager von Deutschen und Anderen zu spalten, gehört es zu dieser Identität, dass man versucht, soziale Gemeinschaften und Milieus vor Ort nicht zu spalten, sondern sie zu integrieren. Als „Schicksalsgemeinschaft hinter dem Deich“ wurde diese gemeinsame Identität auch einmal umschrieben. Soweit zum Selbstverhältnis.

Doch zum Aufbau und zur Pflege der Vorstellung einer solchen gemeinsamen, sprichwörtlich „schicksalhaften“ Identität gehörte bislang eben auch häufig die eigene Abgrenzung vom Rest Hamburgs. Nach außen hin, zur Gesamtstadt, hat sich ein Spannungsverhältnis aufgebaut, das in den zahlreichen Stadtentwicklungskonflikten immer wieder betont wurde. Nach innen hin steht dieser Abgrenzung die Betonung eines Wir-Gefühls, einer „Schicksalsgemeinschaft“ gegenüber. Sie funktioniert aber – und das scheint mir entscheidend – nicht zuletzt über diese Abgrenzung. Das bedrohliche Fremdbild der Kolonialisierung durch die Gesamtstadt ist dafür wichtig. Und hier wird dann plötzlich Simmels These von der verbindenden Wirkung eines gemeinsamen Gegners höchst aktuell.

Diese Identitätskonstruktion hat nun gewisse Vorteile, ja. Aber sie hat eben auch gewisse Nachteile. Unsere Diskursforschung am IRS hat gezeigt, dass unter engagierten Akteuren in Wilhelmsburg häufig eine gemeinsame Geschichte der Verletzbarkeiten erzählt wird. Viel stärker als anderswo bleibt deshalb in Wilhelmsburg der Blick in die Zukunft oft an die problembehafteten Vergangenheitsperspektiven geknüpft.

Die kritische Wachsamkeit, die sich daraus ergibt: sie ist Stärke und Verletzbarkeit der „sozialen Deichwacht“ zugleich. Einerseits macht sie das Vertrauen in Akteure und Entwicklungen, die von außen auf den Stadtteil einwirken, oft nicht leicht. Zugleich aber entsteht freilich ein Wir-Gefühl mit dem Potenzial, nach innen integrierend zu wirken und „Abwehrkräfte“ zu mobilisieren. Außerdem regt das Gefühl des Ausgeliefert-Seins oder Vergessen-Werdens in der Vergangenheit dazu an, zukünfti-

ge Entwicklungen immer kritisch auf den Prüfstand zu stellen, sie mit den eigenen Interessen abzugleichen – und sie eben auch immer wieder mit eigenen Ideen und alternativen Vorschlägen zu bereichern.

Als eine „soziale Deichwacht“ wirkt die aktive Zivilgesellschaft in Wilhelmsburg und auf der Veddel also einerseits als Schildwache gegenüber potenziellen Bedrohungen. Sie verleiht dem Stadtteil so seine soziale Widerstandskraft. Andererseits scheint mir die „soziale Deichwacht“ als Schutzwall gegen Bedrohungen in einem gewissen Maß auf Bedrohungsszenarien angewiesen.

In Anbetracht der Vergangenheit ist man in WHB jedenfalls auf der Hut. Und das hat schließlich im Kontext der sozioräumlichen Planung Folgen – beispielsweise, wenn Planer und Behörden versuchen, lokale Identitäten, soziale Beziehungsnetzwerke und Gemeinschaften vor Ort in Planungsprozessen zu berücksichtigen und lokale Akteure einzubinden.

Eine schwierige Rolle spielt dabei noch die „Interdependenz von Konflikten“, wie ich sie nennen möchte. Sie lässt sich beispielsweise in den Planungswerkstätten zum Zukunftsbild Elbinseln 2013+ beobachten: Frustration und Enttäuschung aus einem Konflikt wie um die Verlegung der Reichstraße übertragen sich auf Kooperationsprojekte wie die Planungswerkstätten. Misstrauen, das sich mit anderen Akteuren, in anderen Kontexten oder in der Vergangenheit gebildet hat, wird gewissermaßen sozial „vererbt“. Es existiert sozusagen ein „kollektives Gedächtnis“ in Form der vorhin erwähnten Diskurse, die das gemeinsame Selbstverständnis rahmen.

Besonders schwierig wird es, wenn das – wie in Wilhelmsburg und der Veddel – bereits zu einem Bestandteil der lokalen Identitätskonstruktion geworden ist. Dann kann solches Misstrauen auch die Wahrnehmung und Selbstpositionierung gegenüber anderen Akteuren stark beeinflussen. Es entstehen so leicht von vornherein verteilte Rollen – die stets auf's Neue wieder zu gewohnten Konflikten führen können.

Im Übrigen aber gilt dasselbe für Vertreter von Politik und Behörden! Auch dort bestehen ja Selbstwahrnehmungen, welche die Sichtweise und den Umgang mit anderen Akteuren regeln. Allerdings würde ich sie dort nicht unbedingt eine raumbezogene Identität nennen, sondern eher eine gemeinsame politische oder verwaltungsinterne Kultur. Die aber erfüllt in der Kommunikation und Interaktion mit Bürgern durchaus ähnliche Funktionen. Und auch sie kann bereits eine historische Dimension haben, in Form einer Geschichte von vergangenen, aber eben immer wieder gemeinsam erinnerten Erfahrungen.

Der Aufbau von Kooperationsbeziehungen mit externen Akteuren scheint also immer wieder von einem ambivalenten Wechselspiel zwischen Bedrohungswahrnehmungen und der Mobilisierung eigener Widerstandskräfte betroffen, die nicht selten zu Kon-

frontationen führen. Ja, ich denke, dass man kann in WHB teilweise sogar schon von Konflikt-routinen sprechen muss.

Die Planungswerkstätten – ein neuer Kooperationsversuch

Die „PWSen Zukunftsbild Elbinsel 2013+“ sind ein neuer, aktueller Versuch zwischen Behörden und Bürgern, Planung gemeinsam zu gestalten.

Unter anderem war die Teilhabe an der Macht, Entscheidungen zu treffen, da ein zentrales Thema. Dass ich nun noch die Vokabel Macht einfließen lasse, ist nicht ganz zufällig. Denn es sind freilich immer auch Machtverhältnisse, die für jenes Wechselspiel zwischen Bedrohungswahrnehmungen und Widerstandskräften eine Rolle spielen. Auch eine IBA beispielsweise ist kein gleichwertiger Verhandlungspartner. Sie ist ein mächtiger Akteur, der allein im Bereich der Finanzausstattung über ganz andere Ressourcen verfügt als eine gewöhnliche Bürgerinitiative. Unter anderem die Reichweite des eigenen Einflusses bleibt daher bei der Beteiligung von Bürgern und neuen Kooperationsversuchen eine ganz wichtige Frage.

Wie und unter welchen Bedingungen Beteiligung geschieht und wie erfolgreich sie verläuft, das möchte ich an dieser Stelle aber noch nicht bewerten. Ich unterstelle stattdessen zunächst, dass solche Kooperationsbemühungen im guten Willen geschehen, Bürgerperspektiven mit einzubeziehen, d.h. Teile der sozialen Architektur vor Ort kennen zu lernen und in der Planung zu berücksichtigen.

Außerdem glaube ich, dass im Zeitalter der „kooperativen Planung“ solche Bemühungen, Bürgerinnen und Bürger stärker einzubeziehen, in Zukunft häufiger werden. Daraus ergibt sich für mich eine Reihe von Fragen, die ich sehr spannend finde:

Denn wie verhält es sich eigentlich mit jener wehrhaften Identität, wenn Planer und Behörden sich nun verstärkt bemühen, Bürger an der Planung zu beteiligen? Wird Planung dann seltener zum Bedrohungsszenario, das im Sinne einer „Fremdbeplanung“ oder „Fremdbestimmung“ wahrgenommen wird? Das heißt: Wie wichtig sind dann letztlich die Bedrohungsszenarien, damit die „soziale Deichwacht“ weiter als soziale Widerstandskraft funktionieren und ein gesundes Gefühl der eigenen Stärke aufrecht erhalten kann? Wie kann so eine Identitätskonstruktion, die im Stadtteil einerseits viele Engagierte vereint und mobilisiert, auf der anderen Seite neue Kooperationsversuche mit externen Akteuren erschweren, wenn sie auf ein gewisses Maß an Konfrontation angewiesen bleibt, um sich wie bisher selbst reproduzieren zu können? Und wie können sie, als Teil der aktiven Zivilgesellschaft, zu einer kreativen, aber eben auch kritischen Position finden, die mehr Macht zur Mitgestaltung beansprucht, ohne dass zugleich die raumbezogene Identität zu einer Ein-

bahnstraße wird, sobald in Anbetracht neuer Enttäuschungen die Erfahrungen von Verletzbarkeit aus der Vergangenheit wieder die Oberhand gewinnen?

Kurz gesagt: Wie ist es in diesem Zeitalter der „kooperativen Planung“ um die Rolle der „sozialen Deichwacht“ auf ihrer Insel bestellt?

Diskussion

Ich denke, die Wilhelmsburger Zivilgesellschaft wird künftig mit diesen Fragen zunehmend konfrontiert sein – auch, weil immer mehr junge Menschen in diesen Stadtteil kommen, denen die jahrzehntelange Erfahrung aus der Vergangenheit fehlt. Ich möchte mir – und hiermit auch ihnen – deshalb für die Diskussion heute Abend drei abschließende Fragen stellen:

Die „soziale Deichwacht“ ist kreativ, kritisch und kompetent in Fragen der sozialen und räumlichen Planung.

Könnte sie zu einem festen, konstruktiven wie kritischen Korrektiv in der sozioräumlichen Planung werden, wenn sie von einem Schutzwall gegen Bedrohung und Fremdbestimmung in Zukunft noch stärker zu einem Brückenkopf in Politik und Planung werden würde?

Unter welchen Voraussetzungen kämen dabei Politiker, Behördenvertreter und Planer für Bürger als dauerhafte und vertrauensvolle Partner in Frage?

Und wie könnten aus Sicht von Politik und Planung in Zukunft dauerhafte und verlässliche Kooperationsbeziehungen mit Bürgern entstehen?

Ich freue mich darauf, mögliche Antworten und Gedanken zu diesen Fragen jetzt gemeinsam mit ihnen zu diskutieren.